



Sylvia Kotting-Uhl
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Bundeshaus

Femke Hustert
Sina Lippmann
Bastian Zimmermann

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 747 40

📠 (030) 227 – 767 42

✉ sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Sylvia Kotting-Uhl MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

Department of EIA

Ministry of the Environment/Ministerstvo životního prostředí

Department of EIA and IPPC

Vrsovicka 65

100 10 Praha 10

Czech Republic

Büro Karlsruhe

Babette Schulz

Sophienstraße 58
76133 Karlsruhe

☎ (0721) 1518 687

📠 (0721) 1518 690

✉ sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Per E-Mail an: posta@mzp.cz

Berlin, 04. August 2017

Stellungnahme / Eingabe zum

Strategischen Umweltprüfungsverfahren zur Entsorgungsstrategie für radioaktive Abfälle der Tschechischen Republik

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum oben genannten Verfahren zur Entsorgungsstrategie für radioaktive Abfälle der Tschechischen Republik nehme ich im Detail wie folgt Stellung:

Grundsätzlich begrüße ich es sehr, dass die Tschechische Republik nach dem Prinzip der nationalen Verantwortung für diejenigen radioaktiven Abfälle, die in der Tschechischen Republik entstanden sind, ein Endlager in der Tschechischen Republik errichten will. In der Folgenden Stellungnahme sind mit „Atom Müll“ alle Arten radioaktiver Abfälle einschließlich abgebrannter Brennelemente gemeint.

An der vorgelegten Entsorgungsstrategie sehe ich folgenden Korrekturbedarf:

1. Die betrachteten Varianten müssen um eine Variante ergänzt werden, die das Ziel hat, die Mengen der zu entsorgenden radioaktiven Abfälle durch eine geordnete, möglichst rasche Beendigung der Atomkraftnutzung in der Tschechischen Republik möglichst gering zu halten. Bei dieser Variante muss dargestellt werden, welche Vorteile sie gegenüber den anderen Varianten bei den Umweltauswirkungen hat, unter anderem durch Vergleich der jeweiligen Strahlenbelastungen in Normal- sowie in Unfallszenarien in den Phasen des Anfalls des Atom Mülls, seiner Verarbeitung, seiner Zwischenlagerung und seinem Transport sowie der Endlagerung/Langzeitsicherheit. Hierzu muss auch ein detaillierter/konkreter und allgemein verständlicher Vergleich des Transportaufkommens von den Orten, an denen der Atom Müll entsteht, über etwaige Zwischenstationen bis zum Endlager enthalten sein. Eine Minimierung des anfallenden Atom Mülls würde einen der größten Beiträge dazu leisten, dass



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

die Umweltauswirkungen der Atommüllentsorgung möglichst gering sein werden. Diese Variante wird bislang jedoch nicht einmal ansatzweise untersucht, was ein gravierendes Defizit der Strategie darstellt. Letztere benennt im Gegenteil sogar explizit die Absicht, die Atomkraftnutzung in der Tschechischen Republik noch zu intensivieren (siehe [1], Seite 289), was in zusätzlichen Atommüllmengen resultieren würde.

In dieser hier von mir geforderten Variante sehe ich die hinsichtlich der Umweltauswirkungen sinnvollste und sicherste Variante.

2. Unabhängig von den unter „1.“ genannten Aspekten und Forderungen sollte für jede Variante durch eine Verfahrnung mit Beteiligung der Öffentlichkeit zunächst eruiert werden, was die Rahmenbedingungen sind, die vor Start des Endlagersuchverfahrens verbindlich festgelegt werden müssen und als Grundlage für das Verfahren dienen. Sie dürfen später nicht einseitig vom Staat verändert werden. Dies ist in der vorliegenden Strategie noch nicht der Fall. So fehlt beispielsweise eine klare und fixe Angabe für die zu entsorgenden Abfallmengen bzw. es fehlt die Absicht, diese Mengen verbindlich zu fixieren, bevor das Auswahlverfahren gestartet wird. Es ist fachlich schon länger nicht nur in Deutschland unstrittig, dass klar definierte Abfallmengen eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz eines Endlagersuchverfahrens sind.

In Europa liegen diverse Erfahrung mit gescheiterten Endlagerprojekte vor, die an der mangelnden Akzeptanz der Bevölkerung, insbesondere der Bevölkerung in der Region des geplanten Endlagers. Dies war auch in Ländern der Fall, deren Bevölkerung mehrheitlich für die Nutzung von Atomkraft war. Beispielsweise stellte in Frankreich die zuständige Atommüll-/Endlager-Organisation ANDRA 1987 die Endlager-Projekte in vier Regionen aufgrund harten Widerstands von verschiedenster Seite vor Ort, also nicht nur UmweltschützerInnen, ein. Auch in der Schweiz führte ein vorheriges Scheitern zu dem sogenannten neuen Sachplanverfahren, das 2006 gestartet wurde. Eine große Schnittmenge zwischen gescheiterten Endlagerprojekten war, dass der öffentliche und regionale Widerstand umso stärker war, je mehr der Eindruck entstand, dass eine einseitig getroffene Entscheidung nur noch durchgesetzt werden sollten – teils auch durch nachträgliche, einseitige Anpassungen vorheriger Festlegungen bzw. Zusagen.

3. Vor Beginn des Verfahrens sollten die neuesten Erkenntnisse, Verfahrenselemente, Öffentlichkeitsbeteiligung und Anforderungen/Festlegungen anderer Länder mit Atommüll aus der Atomkraftnutzung, die ein nationales Endlager planen, analysiert werden, um sicherzustellen, dass das Endlagersuchverfahren dem Stand von Wissenschaft und Technik genügt. Beispielsweise sollte zu Beginn klar definiert werden, dass das Endlager die Isolation der langlebigen Radionuklide über eine Million Jahre gewährleisten muss. Konkret muss nach einer derartigen Analyse internationaler Stände und Erkenntnisse zunächst eine überarbeitete Strategie vorgelegt werden.



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

4. Das Verfahren muss stringenter darauf ausgerichtet werden, am Ende den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit zu finden. Ein Verfahren, das lediglich zwei geeignete Standorte untersucht, um sich am Ende für einen der beiden Standorte zu entscheiden, genügt nicht dem hier aufgrund des Umstands der extremen Gefährlichkeit von Atommüll anzuwendenden Vorsorgeprinzip.
5. Das Verfahren muss um Rücksprünge und Korrekturmöglichkeiten nach jeder wichtigen Etappe ergänzt werden. Es reicht nicht, neben zwei zu untersuchenden Standorten einen dritten Ersatzstandort vorzuhalten für den Fall des Scheiterns an den zwei Vorzugsstandorten. Es besteht ja beispielsweise die Gefahr, dass die Gründe für das Scheitern an den zwei Vorzugsstandorten auch auf den Ersatzstandort zu treffen oder dergestalt sind, dass das gesamte Verfahren endgültig scheitert und die Tschechische Republik nach Jahren oder Jahrzehnten auf Punkt Null der Endlagersuche zurückgeworfen wird. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass diese Gefahr sehr real ist.
6. Die Strategie sieht nur eine völlig unzureichende Öffentlichkeitsbeteiligung vor. Bei einem Großteil der in [1] genannten Maßnahmen handelt es sich lediglich um Öffentlichkeitsarbeit, also Public Relations. Der aktuelle Stand in mehreren europäischen Ländern lehrt, dass ein solcher Ansatz ein hohes Risiko des Scheiterns birgt. Außerdem wird so nicht den Maßgaben der Aarhus-Konvention zur Beteiligung der Öffentlichkeit an staatlichen Entscheidungsprozessen im Umweltbereich genügt. In Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung muss die Strategie grundlegend überarbeitet werden. Siehe hierzu auch die Punkte „2.“ und „3.“.
7. Die Strategie sollte um eine Darlegung ergänzt werden, wie bis zum Betriebsende des Endlagers sichergestellt werden soll, dass die Zwischenlager über Jahrzehnte ausreichend sicher und gesichert sind bzw. bleiben. Dabei muss auch Veränderungen Rechnung getragen werden wie zunehmenden terroristischen Bedrohungen.
8. Ein gravierendes Datengrundlage-Problem der Strategie wird in [2] auf der vierten Seite angesprochen: *„Ein grundsätzliches Problem bei der Formulierung des Bewertungsansatzes für die SUP war das Fehlen zuverlässiger und einheitlicher geografischer Unterlagen, die eine plausible und zuverlässige Interpretation der direkten Konflikte im Vergleich mit den definierten Kriterien für die Bewertung von Umweltauswirkungen ermöglichen würden [...]“*

Die Strategie sollte nach Erhebung entsprechender geografischer Daten und somit nach Vorliegen zumindest einer für den Anfang ausreichenden Datenbasis neu aufgelegt werden.



Sylvia Kotting-Uhl
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Schluss

Aufgrund der oben genannten Defizite lehne ich die bisherige Strategie trotz meiner grundsätzlichen Unterstützung des Ziels, den in der Tschechien Republik angefallenen Atommüll in einem tiefengeologischen Endlager in der Tschechischen Republik endzulagern, als insgesamt noch zu mangelhaft ab und fordere eine grundlegend überarbeitete Neuauflage.

Mit freundlichen Grüßen

Sylvia Kotting-Uhl

[1] Umweltbericht „AKTUALISIERUNG DES KONZEPTS ZUR BEHANDLUNG RADIOAKTIVER ABFÄLLE UND ABGEBRANNTER BRENNELEMENTE AUSWERTUNG DES KONZEPTS. erstellt im Sinne von § 10f und Anhang Nr. 9 zum Gesetz Nr. 100/2001 GBl., zur Bewertung von Umweltauswirkungen, in geltender Fassung“ August 2016. http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/umweltpolitische/SUP/Tschechien/SEA_SURAO_de.pdf

[2] AKTUALISIERUNG DER KONZEPTION BEI DER ENTSORGUNG VON RADIOAKTIVEN ABFÄLLEN UND ABGEBRANNTEM KERNBRENNSTOFF. AUSWERTUNG DER KONZEPTION. http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/umweltpolitische/SUP/Tschechien/AKTUALISIERUNG_DER_KONZEPTION_I.pdf